

Überblick

- + Erfolg im Kampf gegen Obdachlosigkeit in Europa
- + Kritik an der bedarfsorientierten Mindestsicherung
- + Anmeldungshöchstzahlen bei der diesjährigen Fachtagung
- + Salzburg: Wohnungslosenerhebung 07
 - Winternotschlafstelle in der Stadt Salzburg
 - Kooperation WLH und Gemeinnützige Wohnbauträger
- + NÖ: Ein Jahr flächendeckende Delogierungsprävention
- + Tirol: Wohnen als Wahlkampfthema
- + Wien: Newsflash
 - Bawo-Forum
 - Der neue Mobilpass ist da
 - Termine

Erfolg im Kampf gegen Obdachlosigkeit in Europa Europaweite Aktion des Verbands Nationaler Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, FEANTSA und der BAWO in Österreich zeigte Wirkung.

Eine koordinierte Aktion der FEANTSA, bei der auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, BAWO, für Österreich mitwirkte, brachte einen bahnbrechenden Erfolg:

Ausgehend von der Initiative von fünf EuropaparlamentarierInnen haben 438 Mitglieder aus allen EU Staaten, VertreterInnen des gesamten politischen Spektrums, eine Erklärung gegen Obdachlosigkeit unterzeichnet und bewirken somit, dass die EU sich das Ziel setzt, **Obdachlosigkeit in ganz Europa bis zum Jahr 2015 abzuschaffen!**

Dieser Erfolg wurde von Österreich entscheidend mitgetragen:

15 von 18 österreichischen EuropaparlamentarierInnen unterzeichneten!

Dies ist zum Großteil dem intensiven Einsatz der BAWO zu verdanken. Wiederholte Kontakte zu den EU-ParlamentarierInnen, persönliche Gespräche, Telefonate und schriftliche Informationen konnten die Unterzeichnungsberechtigten von der Wichtigkeit der Deklaration überzeugen.

Dieser Erfolg auf nationaler und internationaler Ebene zeigt, wie vereins- und einrichtungsübergreifende Vernetzung wirken kann.

Die außerordentlich hohe Unterstützung der Deklaration lässt hoffen, dass die Politik das Thema Obdachlosigkeit endlich ernst nimmt und eine klare politische Richtung einschlägt. Quer durch Europa sind Obdach- und Wohnungslosigkeit ein akutes Problem. Niemand ist davor sicher, gerade in wirtschaftlich und politisch unsicheren Zeiten.

Für ein nachhaltiges Bekämpfen von Obdach- und Wohnungslosigkeit ist verlässliches und europaweit vergleichbares statistisches **Zahlenmaterial unbedingt notwendig**. Ebenso wichtig ist die Entwicklung einer gemeinsamen und umfassenden Strategie gegen Wohnungslosigkeit.

FEANTSA und BAWO glauben, dass die Ratifizierung der Erklärung gegen Obdachlosigkeit ein wichtiger erster Schritt und Meilenstein im Kampf gegen Wohnungslosigkeit ist.

Es ist Zeit zu Handeln!

Weitere Informationen:

Definition nach ETHOS:

http://www.feantsa.org/files/indicators_wg/ETHOS2007/general/EN_2007EthosLeaflet.pdf
www.feantsa.org www.bawo.at

Kontakt: Mag. Christian Perl von der BAWO Christian.perl@bawo.at Tel.: 0664/525 69 64

Kritik an der Bedarfsorientierten Mindestsicherung

Das Bundesministerium legte zahlreichen NGO's einen Begutachtungsentwurf zur Stellungnahme bis Mitte Mai vor. DOWAS Innsbruck hat in wenigen Punkten Schwächen zusammen gefasst, denen sich die BAWO vollinhaltlich anschließt.

- **RICHTSATZ**

Der Ausgleichszulagenrichtsatz, an dem sich die BMS orientiert liegt derzeit schon unter der Armutsschwelle. Selbst durch „großzügige“ Valorisierungen in den nächsten Jahren wird sich dieser Rückstand nicht aufholen lassen. Dass neben dem Wohnkostenanteil im Begutachtungsentwurf auch noch die Heizkosten vom Lebensunterhalt bestritten werden müssten, ist unakzeptabel. Die Bekleidungshilfe sollte eine zusätzliche Leistung zum Lebensunterhalt mit Rechtsanspruch sein. Im Begutachtungsentwurf taucht plötzlich (Artikel 10, Abs 6) auf, dass Geldleistungen durch Sachleistungen ersetzt werden können; damit sind Disziplinierungen, wie wir sie aus der Sozialhilfe kennen, vorprogrammiert.

- **SONDERZAHLUNGEN**

Warum der Auszahlungsmodus der Sonderzahlungen nicht mehr einheitlich geregelt sein soll, sondern vollkommen variabel gestaltet werden kann, ist nicht nachvollziehbar, außer es geht auch hier um eine Disziplinierungsabsicht. Im Vorlagenentwurf wird noch dezidiert eine Zweckwidmung der Sonderzahlungen ausgeschlossen, im neuen Entwurf fehlt dieser Passus. Neu im Begutachtungsentwurf ist, dass auch die Sonderzahlungen als Sachleistungen gewährt werden können.

- **WOHNKOSTEN**

Mit der geplanten „Zuschussregelung“ von 25 % würden viele BMS-BezieherInnen auf den Lebensunterhalt zur Deckung der tatsächlichen Wohnkosten zurückgreifen müssen. Die Wohnkosten müssen in tatsächlicher Höhe und mit Rechtsanspruch zusätzlich zum Lebensunterhalt gesichert sein.

- **KRANKENVERSICHERUNG**

Im Vorlageentwurf heißt es noch, dass der Zugang zur Krankenversicherung ohne die übliche Wartezeit von 6 Monaten möglich ist, im Begutachtungsentwurf fehlt dieser Entfall der Wartefrist.

- **SONDERBEDARFE**

Es ist notwendig, dass einzelne Ansprüche wie Bekleidung, Beheizung, Strom, Diätkosten usw. nicht unter diesem Sammelbegriff aufgenommen und vor allem mit Rechtsanspruch versehen werden. Diese „Sonderbedarfe“ belasten die Haushaltsbudgets in einem Ausmaß, dass Notlagen vorprogrammiert sind

- **BERÜCKSICHTIGUNG LEISTUNGEN DRITTER**

Neu im Begutachtungsentwurf ist der Passus über die Unterhaltspflicht für den im gemeinsamen Haushalt lebenden Lebenspartner, ähnlich der Notstandshilferegelung.

- **EINSATZ DER ARBEITSKRAFT**

Verschlechterung für Menschen im Arbeitslosengeldbezug, da jeglicher Berufsschutz fällt.

- **ARBEITSFÄHIGKEIT**

Die Aufteilung in arbeitsfähige und arbeitsunfähige Menschen wird den Lebenslagen vieler unserer KlientInnen nicht gerecht.

Menschen mit brüchiger Arbeitsbiographie und/oder gesundheitlichen Einschränkungen müssen befürchten, dass sie vom AMS ausgesteuert werden und keinen Zugang zu den arbeitsmarktpolitischen Förderungen haben.

- **SANKTIONEN**

Sanktionen sind im Bereich einer letzten staatlichen Lebenssicherung grundsätzlich zu hinterfragen. Ein völliger Wegfall ist absolut abzulehnen, außerdem ist der Erhalt der Wohnung im Falle einer Kürzung in keinsten Weise berücksichtigt.

- **RECHTSSICHERHEIT**

Hier gibt es Verbesserungen, allerdings müssen zur Wahrung von Rechtssicherheit und Rechtsschutz schriftliche Bescheide in jedem Fall am Ende der Entscheidung dem Antragsteller ausgefertigt werden.

Die Presseaussendung zur bedarfsorientierten Mindestsicherung sowie die Stellungnahme der BAWO zum Begutachtungsentwurf finden sich auf: www.bawo.at unter ‚Publikationen‘.

Anmeldungshöchstzahlen bei der diesjährigen Fachtagung 28.-30. Mai Das große Interesse bestätigt die BAWO in der Aktualität des Themenangebots

So viele Anmeldungen wie nie zuvor gibt es bei der diesjährigen Fachtagung in Linz. Das Bildungszentrum St. Magdalena und ein Hotel sind restlos ausgebucht. 136 Personen haben sich zur Teilnahme angemeldet, rund 30 Referentinnen und Referenten werden für viel Spannung und Information sorgen. Der Arbeitskreis C ‚Bedarfsorientierte Mindestsicherung‘ sowie der Arbeitskreis 1 ‚gesund / psychisch krank‘ waren bereits vor Anmeldeschluss restlos ausgebucht. Nach Rücksprache mit den ReferentInnen werden jedoch alle Anmeldungen akzeptiert. Das außerordentlich große Interesse lässt auf das Wissen der TeilnehmerInnen um das hohe Qualitätsniveau der Fachtagung und das hochaktuelle Themenangebot zu den Veränderungen im sozialen Sektor und in der Wohnungslosenhilfe schließen.

Salzburg

Wohnungslosenerhebung 10/07

Im Oktober 2007 wurde vom Forum Wohnungslosenhilfe wieder die jährliche Erhebung der Wohnungslosen in Stadt und Land Salzburg durchgeführt. Dazu hier die Kernergebnisse:

- wohnungslos: 762 Personen (31% weiblich und 69% männlich), davon sind
- 534 österreichische StaatsbürgerInnen
- 54 andere EU-StaatsbürgerInnen
- 99 MigrantInnen aus Drittstaaten
- 30 wohnungslose AsylwerberInnen
- 45 wohnungslose Jugendliche

- Status der Wohnversorgung: 33% bei Bekannten, 14% in (Billig)Pensionen, 13% leben in Untermiete, Überbelag bzw. in unzumutbaren Wohnverhältnissen, 12% im Betreuten Wohnen der WLH, 11% in Notschlafstellen; 8% (37 Männer und 8 Frauen) leben auf der Straße

Pressekonferenz und Präsentation der Ergebnisse im Sozialausschuss

Die Ergebnisse wurden mit gutem Echo der Öffentlichkeit (Pressekonferenz) sowie den politisch Verantwortlichen der Stadt Salzburg präsentiert. Insbesondere wurde dabei auf den steigenden Anteil der wohnungslosen Frauen und ihre prekäre Wohnversorgung bei Bekannten hingewiesen. Gemeinsam mit dem Frauenbüro der Stadt Salzburg sollen deshalb in den nächsten Monaten Vorschläge für eine Verbesserung der Versorgungssituation von wohnungslosen Frauen (Stichwort: Frauenwohnzimmer) ausgearbeitet und den politischen Gremien vorgelegt werden.

Winternotschlafstelle in der Stadt Salzburg

Auf Initiative der Stadt Salzburg wurde in den Wintermonaten eine ‚sehr niederschwellige‘ Winternotschlafstelle geführt – ohne sozialarbeiterische Betreuung, aber mit Wachdienst in Portier- und Nachtdienstfunktion. Aufgrund der völlig unzureichenden Betreuungsressourcen war von den WLH-Trägern Caritas und SAG eine Mitwirkung abgelehnt worden. Jetzt rühmt sich die Stadt des großen Erfolgs: ‚In Salzburg muss niemand erfrieren!‘

Kooperation WLH und Gemeinnützige Wohnbauträger

In den Fachgesprächen zur Wohnungspolitik in Salzburg (2006 und 2007) waren Initiativen für eine Verbesserung der Kooperation zwischen WLH und Gemeinnützigen Wohnbauträgern skizziert und – vorab noch unverbindlich – vereinbart worden. Konkret stehen nun Gespräche auf politischer Ebene mit dem Wohnbaulandesrat und dem Wohnbaustadtrat an. Konkret gibt es dazu aber noch nichts Neues.

(Heinz Schoibl)

Niederösterreich

Ein Jahr flächendeckende Delogierungsprävention

Seit 2003 gibt es in Niederösterreich die „ARGE Wohnungssicherung“ (Caritas Wien, BEWOK Krems, VBO Wiener Neustadt und Verein Wohnen St. Pölten), die ein flächendeckendes Konzept für Niederösterreich ausgearbeitet hat

Nach dem Beginn der Wohnungssicherung in zwei Regionen im Jahr 2005 und dem weiteren Ausbau im Jahr 2006 - können wir nun auf ein Jahr Wohnungssicherung zurückblicken, in dem alle fünf Träger ihre Beratungsarbeit flächendeckend in ihrem jeweiligen Gebiet mit der vollen Personalkapazität angeboten haben.

Unser Angebot wurde sehr positiv angenommen.

Die Kooperation mit anderen sozialen Institutionen ist sehr gut, hervorheben möchten wir die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Bezirkshauptmannschaften, die wichtige Säulen in unserer Arbeit sind.

Wir sind auch weiterhin mit einer steigenden Nachfrage konfrontiert.

2007 wurde mit 1.910 Haushalten, die vom Wohnungsverlust bedroht waren, Kontakt aufgenommen. (2006 konnten wir mit 1218 Haushalten Kontakt aufnehmen)

Das entspricht einer Steigerung von 63,76 %.

2007 haben wir 1958 Fälle beraten bzw. betreut (2006 waren dies 1231 Fälle). Das bedeutet eine Steigerung um 62,87%.

2007 konnte in 569 Fällen die Wohnung gesichert werden (2006 waren es 321 Fälle) Das bedeutet eine sehr erfreuliche Zunahme von 56,41%, wo wir Menschen vor dem Verlust ihrer Wohnung bewahren konnten.

Von der NÖ. Landesregierung, Abt. GS 5 wurden 229 Anträge auf einmalige Aushilfe in einer Gesamthöhe von € 270.539,67 positiv beschieden.
(2006 wurden 128 Anträge mit einem Gesamtbetrag von € 165.007,91 genehmigt) Dies entspricht einer Steigerung von 61%.

Von der Abt. F3 – Familienförderung wurden 39 Ansuchen mit Beihilfen über € 42.212,91 positiv erledigt, (2006 waren es 29 Ansuchen mit € 27.853,06) das bedeutet eine Zunahme von 66%.
Die Abt. F2 – Arbeitnehmerförderung hat in 30 Fällen eine Beihilfe gewährt, dies macht in Summe € 43.170,99 (2006 waren es 28 Fälle mit einem Gesamtbetrag von € 31.511,74). Das ist eine Zunahme um 27%.

Auch die finanziellen Unterstützungen von freien Wohlfahrtsträgern sind erfreulicherweise stark angestiegen.

2007 wurden in 97 Fällen Unterstützung gewährt und in Summe ein Betrag von € 53.076,95 ausbezahlt (2006 waren es 53 Fälle mit einem Betrag von € 23.412,76) Das ist eine Zunahme von rund 56%.

Es ist uns wichtig hervorzuheben, dass in fast einem Drittel der Fälle (30,58%) ohne Einsatz öffentlicher finanzieller Mittel - nur durch unsere professionelle Beratungsleistung - die betreffenden Wohnungen gesichert werden konnten.

Mit November 2007 stand eine gemeinsam entwickelte Datenbank - vorerst für einen Probelauf – den MitarbeiterInnen zur Verfügung. Mit Anfang 2008 geht das Dokumentationsprogramm in den Regelbetrieb über.

Trotz der guten Ergebnisse und Erfolge, die wir erzielen konnten, möchten wir die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen erwähnen, mit denen wir in der täglichen Beratungsarbeit konfrontiert sind.

Wir nehmen vermehrt war, dass in nicht wenigen Fällen die „nackte Armut“ Ursache für den drohenden Wohnungsverlust ist.

Dies betrifft insbesondere Alleinerzieherinnen, Mehrkindfamilien und PensionistInnen.

Eine unserer internen regionalen Auswertung hat ergeben, dass die Wohnkosten bereits bei durchschnittlich 37% des Haushaltseinkommens liegen.

Auch wenn in NÖ der Wohnungsaufwand pro m² im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr günstig ist, ist für eine wachsende Zahl von Menschen das Grundbedürfnis Wohnen kaum mehr leistbar.

Neubauwohnungen, für die ein Wohnzuschuss beantragt werden kann und damit eine wesentliche Reduzierung des Wohnungsaufwandes zu erreichen ist, erfordern je nach Genossenschaft z.T. erhebliche Grund- und Baukostenbeiträge.

Wer jedoch über keine angesparten Eigenmittel verfügt, kann nur schwer eine günstige Wohnung finden, es bleibt dann nur mehr der teurere private Wohnungsmarkt. In der Regel unterstützt die ältere Generation die jüngere bei der ersten Hausstandsgründung. Wenn das nicht möglich ist, vererbt sich Armut weiter.

Die Einführung einer allgemeinen Wohnbeihilfe in NÖ könnte aufgrund unserer Erfahrungen für viele Betroffene die Leistbarkeit ihrer Wohnung dauerhaft ermöglichen.

Ganz wichtig sind auch Initiativen wie die „NÖ Wohnassistenz“, die parallel zur leistbaren Wohnung auch die notwendige befristete Beratung und Betreuung anbietet, um eine nachhaltige Integration zu fördern.

Ausblick

Aufgrund der gestiegenen Fallzahlen bei allen fünf Trägern und der vorgegebenen Wochenstundenanzahl stehen wir vor der grundsätzlichen Problematik, dass wir nicht ausreichend Zeit haben, nach der abgewendeten Delogierung, die in vielen Fällen notwendige längerfristige Betreuung

(z.B. Erarbeiten eines Finanzplanes, finanzielle Konsolidierung, Einhalten von Ratenvereinbarungen, Suche nach einer dauerhaft leistbaren Wohnung, etc.) anzubieten.

Es besteht daher die dringende Notwendigkeit nach längerfristiger Betreuung, da sonst die notwendige Nachhaltigkeit - dauerhafter Erhalt der Wohnung - nicht erreicht werden kann.

(Hermann Schuster)

Tirol

Wohnen als Wahlkampfthema

Am 8. Juni 2008 wird in Tirol der Landtag gewählt. Die Zeit vor Wahlen wird wie immer und überall von allen wahlwerbenden Parteien dafür genutzt, wesentliche Verbesserungen für die Zeit nach der Wahl zu fordern oder zu versprechen.

Das Thema Wohnen eignet sich dafür besonders gut. Hohe Mietpreise, der Traum vom Eigenheim, da fühlen sich viele angesprochen.

Die tiroler Einkommen rangieren österreichweit laut AK-Tirol am unteren Ende und Wohnen ist sehr teuer. Der Immobilienpreisspiegel von 2007 weist Tirol als äußerst teures Wohnpflaster aus. Bei Mietwohnungen liegt Tirol nach Wien, Vorarlberg und Salzburg beim geforderten Quadratmeter – Preis an vierter Stelle. Im Städtevergleich ist Innsbruck nach Salzburg im Segment der Mietwohnungen die zweitteuerste Stadt. Aus Sicht der Wohnungslosenhilfe kommt verschärfend hinzu, dass mit der Novellierung des Sozialhilfegesetzes zum Grundsicherungsgesetz die Übernahme der Wohnungskosten „gedeckt“ worden sind. Eine Einzelperson darf maximal 40 Quadratmeter fürs Wohnen beanspruchen, für Innsbruck gibt es die Sonderregelung, dass eine Wohnung, die mit Sozialhilfemitteln angemietet wird, für eine Einzelperson nicht teurer als € 440,- inkl. aller Betriebskosten sein darf.

Neben der Sozialhilfe(=Grundsicherung) ist die Mietzinsbeihilfe (eine privatrechtliche Leistung von Land und Gemeinden) für BezieherInnen niedrigen Einkommens ein wichtiges Unterstützungsinstrument zur Finanzierung von Wohnraum.

Im Koalitionsübereinkommen der jetzigen Regierung wurde die Mietzinsbeihilfe noch großspurig für alle Gemeinden Tirols versprochen, tatsächlich gibt es nach wie vor einen zum Teil bizarren Wildwuchs an gemeindeeigenen Zugangskriterien. Manche Gemeinden zahlen immer noch überhaupt keine Mietzinsbeihilfe aus.

Es wird auch nach dem 8. Juni wieder Wahlgewinner geben, ob das Klientel der Wohnungslosenhilfe und der Sozialberatungsstellen in Tirol dazugehört wird man auch daran messen müssen, ob eine Veränderung dieser Verhältnisse auf politischer Ebene tatsächlich angegangen wird.

(Anita Netzer)

Wien

Newsflash

- Alle Wohnheime, die vom FSW (Fonds Soziales Wien) unterstützt werden, werden – voraussichtlich ab Juli 08 – auf Tagsatz-Verrechnung umgestellt.
- Unter der Leitung der Tierschutz Ombudsstelle wird eine Arbeitsgruppe zum Thema Tierhaltung in der Wiener Wohnungslosenhilfe eingerichtet.

- Ein Teil des Haus Kastanienallee (Familienherberge) wurde für „U 63“ frei gemacht. „U 63“ ist das neue Notquartier für Männer von „P7“, der zentralen Vermittlungsstelle für Notunterkünfte für alle Wohnungslose mit legalem Aufenthalt in Wien.
- Im 15. Bezirk wurde die „Punkahyttn“ eröffnet, ein rund um die Uhr von SozialarbeiterInnen betreutes Wohnhaus für Punks. Derzeit wohnen rund 30 Personen mit bis zu 15 Hunden dort.
- Die Mutter-Kind-Heime verzeichnen einen stetigen Anstieg an Hilfesuchenden. Von etwa 500 Frauen, die im Jahr 2007 um Aufnahme in einem Mutter-Kind-Haus ersucht haben konnten nicht einmal 60 aufgenommen werden. Die Wartezeit auf einen Wohnplatz beträgt bis zu einem Jahr.

(Martin Haiderer/ Gabriele Kienzl)

News aus dem BAWO FORUM Wien

Seit Jänner 2008 ist das Beratungszentrum Wohnungslosenhilfe – eine Dienststelle des FSW (Fonds Soziales Wien) - offiziell tätig. Zum Leistungskatalog zählt die bedarfsgerechte Zuweisung von geförderten Wohnplätzen in der Wiener Wohnungslosenhilfe. Im Klartext: Überprüfung der Personen in geförderten Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe und Feststellung, ob diese nach den Kriterien des Wiener Sozialhilfegesetzes (SHG) unterstützt werden können. So weit, so gut und nachvollziehbar. In der Auslegung des SHG aber gibt es einen großen Spielraum, der sich positiv wie negativ auf die KlientInnenarbeit auswirken kann.

Im BAWO FORUM Wien wurden in Beiträgen und Diskussionen wiederholt Fragestellungen zu der derzeitigen Arbeitsweise des Beratungszentrums thematisiert und dabei Unsicherheiten in den unterschiedlichen Vorgehensweisen festgestellt.

Zu dem erweiterten Leistungskatalog wird die zentrale Verwaltung der geförderten Wohnplätze und die Zuweisung in die Einrichtung genannt, eine Tätigkeit, die bislang durch das P7 zufrieden stellend durchgeführt wurde.

Im Sinne eines klar kommunizierten Ablaufes und einer größeren Rechtssicherheit in der KlientInnenarbeit versucht das BAWO FORUM in einem Treffen mit dem Beratungszentrum die offenen Fragen zu diskutieren.

(Franz Sedlak)

Der neue Mobilpass ist da



Rund 100.000 WienerInnen haben seit April Anspruch auf den neuen Mobilpass. Mit ersten April 2008 wurde in Wien der Mobilpass eingeführt, der den bisherigen Sozialpass ablöst. Neu ist, dass künftig neben PensionsbezieherInnen mit Ausgleichszulage auch SozialhilfebezieherInnen einen Mobilpass erhalten.

Ziel des Mobilpasses ist es, die Mobilität und soziale Teilhabe von Menschen mit geringem Einkommen zu fördern. Mit dem Mobilpass können ermäßigte Monatsnetzkarten der Wiener Linien zum Preis von

derzeit EUR 15,20 anstatt des Vollpreises von EUR 49,50 erworben werden. Es besteht auch die Möglichkeit, Einzelfahrscheine zum Halbprijs zu kaufen. Darüber hinaus können die BezieherInnen auch bei den städtischen Bädern und den Wiener Büchereien Ermäßigungen erhalten.

Leider wurde dem langjährigen Wunsch der BAWO nach Freifahrt für Wohnungslose mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht entsprochen. Aber mit dem Mobilpass ist doch ein großes Stück des Wegs in die gewünschte Richtung beschrritten.

Weitere Kritikpunkte betreffen den Ausschluss der "Working Poor", AMS-LeistungsbezieherInnen, Selbstständigen mit geringem Einkommen und Studierenden - so lange sie keine Sozialhilfe beziehen. Die Einkommensgrenze für den Mobilpass liegt weit unter der Armutgefährdungsschwelle von EUR 900.-.

Der Mobilpass ist somit der direkte Nachfolger des Sozialpasses, der in den 70er-Jahren eingeführt wurde. Er trägt nun einen weniger stigmatisierenden Namen – leider wurde jedoch das Angebot – z.B. in Richtung Ermäßigung bei Aus- oder Weiterbildung- nicht ausgeweitet.

(Renate Kitzman)

Termine

- 16.05. Die Wiener Tafel lädt Wohnungslose und SympathisantInnen zu einer „Langen Tafel“ mit Buffet und Musik am Wiener Schwedenplatz nahe Hafnersteig ein. Beginn: 11 Uhr
- 02.-04.07. Im Rahmen der Europäischen Sozialkonferenz in Paris wird u. a. die Wiener Wohnungslosenhilfe vorgestellt. Träger können Film- und Bildmaterial zur Verfügung stellen. Schwerpunktthema sind Delogierungsprävention und das Beratungszentrum Wohnungslosenhilfe (Begutachtungsstelle & Vermittlungsstelle für Übergangs- und Dauerwohnen).
- Am 18. September veranstaltet die Caritas Wien zum Thema „unfreiwillig_wohnungslos“ im Rahmen eines Aktionstags am Stephansplatz eine groß angelegte Pressekonferenz und Podiumsdiskussion.

Impressum: BAWO Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Bischoffgasse 26/3/2, 1120 Wien
Redaktion: Gabriele Kienzl, Renate Kitzman, Nina Sajko, Franz Sedlak, Barbara Zuschnig. Layout: Nina Sajko

Kontakt: Vorarlberg: Tirol: Salzburg: Heinz Schoibl, Helix Forschung, Mirabellplatz 9/3, 5020 Salzburg, 0662/88 66 23-10, heinz.schoibl@helixaustria.com Oberösterreich: Thomas Wögrath, B37, Betlehemstraße 37, 4020 Linz, 0732/778 68 243, woegrath@b37.at Niederösterreich: Sepp Ginner, Verein Wohnen und Arbeit, Winden 24, 3390 Melk, 02752/52 99 5, seppginner@mvnet.at Wien: BAWO, Bischoffgasse 26/3/2, 1120 Wien, 0680/21 28 503 (Mo & Do 9-12), office@bawo.at Kärnten: Wolfgang Fabbro, AWOL, Durchlaßstraße 44, 9020 Klagenfurt, 0463/51 46 26-0, wolfgang.fabbro@awol.at Steiermark: Andreas Graf, Wohnplattform Steiermark, Lendplatz 45/I, 8020 Graz, 0316/22 88 80, uw@wohnplattform.at